

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



freitag, 18. dezember 1970

blatt 4051

=

freigabe der autobahn inzersdorf-favoriten

3 wien, 18.12. (rk) morgen samstag werden bautenminister josef moser und landeshauptmann-stellvertreter felix slavik den abschnitt der suedautobahn zwischen inzersdorf und favoriten fuer den verkehr freigeben. gleichzeitig wird auch die umgebaute laxenburger strasse zwischen raxstrasse und oberlaaer strasse sowie zwischen gudrunstrasse und troststrasse wieder fuer den verkehr freigegeben.

geehrte redaktion!

sie sind herzlich eingeladen, zu der verkehrsfreigabe berichtenstatter und photoreporter zu entsenden.

zeit: samstag, 19. dezember, 10 uhr.

ort: einmuendung der provisorischen ausfahrt der suedautobahn in die favoritenstrasse gegenueber der libussagasse etwa 300 meter suedlich des laaerbergbades.

hinweise fuer photographen:

bei der einmuendung in die favoritenstrasse wird bezirksvorsteher fucik die gaeste kurz begruessen. darnach werden landeshauptmann-stellvertreter felix slavik und bauten-

./.



minister josef moser kurze ansprachen halten. der bautenminister wird ein band durchschneiden. moser und slavik sowie die uebrigen teilnehmer an dieser veranstaltung werden anschliessend den neuen abschnitt der suedautobahn bis zur abfahrt in die sterngasse befahren. durch die sterngasse - pfarrgasse - draschestrasse geht die fahrt weiter zur laxenburger strasse, die bis zum quellenplatz durchfahren wird, wo die letzte barriere weggeraemt wird.

0921

#### die suedautobahn zwischen inzersdorf und favoriten

2 wien, 17.12. (rk) der abschnitt der suedautobahn zwischen inzersdorf und favoriten ist fuenf kilometer lang. er hat samt allen dazugehoerenden nebenarbeiten rund 230 millionen schilling gekostet. der weitaus groesste teilbetrag, naemlich 142,7 millionen schilling, entfaellt dabei auf die brueckenbauten. die suedautobahn selbst ist bekanntlich auf einer laenge von 1084 meter ein brueckenbauwerk. dieser ''tausendfuessler'' ist weitgehend aus fertigteilen geschaffen worden. weitere brueckenbauten waren fuer die abfahrtsrampe zur sterngasse, zur ueberspannung der neilreichgasse und schliesslich zur ueberfuehrung der laxenburger strasse ueber die autobahn und die pottendorfer linie notwendig. die laxenburger strasse ist zwar eine staedtische strasse, doch wurde diese 319 meter lange brueckenkonstruktion - 16 millionen schilling kosten - ebenfalls vom bund bezahlt, da sie zur kreuzungsfreien fuehrung der autobahn notwendig war. schliesslich wurde noch eine fussgaengerbruecke ueber die suedautobahn errichtet, die nicht ueber stiegen, sondern ueber rampen erreicht wird. bei der einbindung der suedautobahn in die favoritenstrasse handelt es sich um eine provisorische ein- und ausfahrt gegenueber der libussagasse.

das teilstueck der suedautobahn zwischen inzersdorf und favoriten schafft fuer den ballungsraum wien einen zweiten anschluss an die autobahn und stellt zudem eine direkte verbindung

./.



des 10. zum 23. bezirk dar. jede richtungsfahrbahn weist drei fahrspuren auf. die verkehrsflaechen machen mit allen anschlussstuecken insgesamt 165.000 quadratmeter aus, von denen 50.000 quadratmeter auf bruecken entfallen.

#### die laxenburger strasse

gleichzeitig mit der suedautobahn inzersdorf - favoriten wurde auch der umbau der laxenburger strasse von der raxstrasse bis zur ober-laaer strasse vorgenommen. die gesamtkosten des abschnittes raxstrasse - per albin hansson-strasse beliefen sich auf 15,7 milionen schilling. die fortsetzung zur ober-laaer strasse, also im wesentlichen die brueckenkonstruktion ueber die suedautobahn und die donaulaendebahn, wurde, wie schon erwaehnt, vom bund finanziert. die alte, jetzt umgebaute fahrbahn der laxenburger strasse dient nun als richtungsfahrbahn fuer den stadteinwaerts gerichteten verkehr mit zwei fahrspuren und einer kriechspur. diese kriechspur ist deshalb besonders wichtig, weil die steigung zur raxstrasse 5,6 prozent ausmacht. ein vier meter breiter mittelstreifen, in dem die alte baureihe belassen wurde, trennt die beiden richtungsfahrbahnen. die fuer den stadtauswaerts gerichteten verkehr neu gebaute fahrbahn weist ebenfalls zwei spuren sowie eine parkspur auf.

0919

#### weihnachtsbaumaktion fuer beduerftige familien

5 wien, 18.12. (rk) fuersorgerinnen der stadt wien werden kommende woche bei 50 beduerftigen familien, die von den bezirksjugendaemtern namhaft gemacht wurden, je einen weihnachtsbaum mit kerzen und schokoladebehang abgeben. in den 50 familien gibt es insgesamt 167 kinder, denen mit dem geschmueckten baum weihnachtsfreude vermittelt werden soll.

die weihnachtsbaumaktion wurde auf initiative von wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i vor zwei jahren ins leben gerufen und wird vom jugendamt der stadt wien in enger zusammenarbeit mit der oesterreichischen gesellschaft 'rettet das kind' durchgefuehrt.

1022



Wiener Stadtwerke - erstmals ohne Defizit  
=====8. Tag der Budgetdebatte

Verwaltungsgruppe XIV (Städtische Unternehmungen)

Referent: Stadtrat Nekula (SPÖ)

Stadtwerke: Erträge 5.127,623.000 Schilling, Aufwendungen 5.120,133.000 Schilling.

Wien, 18.12. (RK)

Im September erschien eine Untersuchung der 1120 größten Unternehmen Österreichs nach der Höhe der Umsätze. Dabei ergab sich, daß die Wiener Stadtwerke nach VÖEST, Alpine Montan, Austria Tabak-Werke und ÖMV das fünftgrößte Unternehmen Österreichs sind, betonte Stadtrat Nekula in seinem Referat. Das dokumentiert ihre Bedeutung nicht nur für Wien, sondern für die gesamte österreichische Wirtschaft. Den Maßnahmen zur Sanierung des Unternehmens, die am 20. November beschlossen wurden, kommt deshalb besondere Wichtigkeit zu: Durch die Übernahme der Pensionslasten der drei großen Teilunternehmungen E-Werk, Gaswerk und Verkehrsbetriebe - die Städtische Bestattung wurde davon bekanntlich aus steuerlichen Gründen ausgenommen - wird eine Erfolgsverbesserung von 875 Millionen Schilling erzielt. Der Wirtschaftsplan kann daher mit einem präliminierten Gewinn von 7,490.000 Schilling vorgelegt werden. Wäre die Übernahme der Pensionslasten nicht erfolgt, müßte ein Verlust von 868 Millionen veranschlagt werden.

Darüber hinaus hat sich eine wesentliche Verbesserung der Kapitalsituation ergeben, weil die Pensionsrücklage, die Fremdkapital darstellte, nunmehr dem Eigenkapital zugefügt werden kann. Dadurch verändert sich das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital von 17 zu 83 auf 46 zu 54.

Für Investitionen sind im kommenden Jahr 1.352 Millionen Schilling vorgesehen, von denen vorläufig 138 Millionen mangels Bedeckung gesperrt werden. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 1970 bedeutet das eine Erhöhung der Investitionssumme um 90,9 Millionen. Zur Deckung des erforderlichen Betrages soll Fremdkapital in der Höhe von 750 Millionen aufgenommen werden.



E-Werke: Es ist mit einer Verdopplung des Energiebedarfes innerhalb von zehn Jahren zu rechnen. Für das kommende Jahr wird ein Stromverkauf von 3.610 Giga-Watt-Stunden (ein Giga-Watt ist eine Million Kilowatt) erwartet. Mit der Inbetriebnahme des Blockkraftwerkes 6 in Simmering ist die Stromversorgung des Wiener Raumes bis 1973 gesichert. Um die ab 1973 zu erwartende Bedarfssteigerung decken zu können, wurde mit dem Bau des Kraftwerkes Donaustadt begonnen. Die erste Blockeinheit mit einer Leistung von 150 Megawatt (ein Megawatt sind tausend Kilowatt) wird 1973 ihren Betrieb aufnehmen. Um die Stromversorgung ab dem Jahre 1976 zu sichern, müssen wegen der derzeit angespannten Terminalsituation beim Turbinenbau schon in nächster Zeit dem Gemeinderat die Anträge für die nötigen Vorbestellungen für die zweite Ausbaustufe vorgelegt werden.

Daneben wird auch die Entwicklung auf dem Gebiete der Atomkraftwerke sehr aufmerksam verfolgt.

Der Engpaß auf dem Heizenergiesektor, der im vergangenen Winter infolge extremer Witterungsverhältnisse und Transport-schwierigkeiten entstand, führte zu einer starken Nachfrage nach Nachtspeicherheizungen. Bis 30. November wurden heuer 8.545 Nachtspeicherheizgeräte und 2.200 Heißwasserspeicher neu angeschlossen. Im Versorgungsgebiet der E-Werke sind nunmehr 86.040 Heißwasserspeicher und 55.756 Nachtspeicheranlagen in Betrieb. Auf diesem Gebiet hat Wien übrigens eine Pionierleistung erbracht. Es ist die einzige vergleichbare Großstadt Europas, die eine Tonfrequenz von 1050 Hertz zur Steuerung dieser Nachtspeicheranlagen verwendet. Mit den derzeit 23 in Betrieb stehenden Sendeanlagen wird es möglich sein, etwa 50.000 Empfänger zu erreichen. Diese Anlagen waren die Voraussetzung dafür, daß heuer so viele Heizungen angeschlossen werden konnten.

Trotz dem raschen Ausbau von Erzeugungs- und Verteilungsanlagen ist eine Vollelektrifizierung der Wiener Haushalte unmöglich. Man müßte nicht nur die Gaswerke stilllegen und ihre Anlagen, einschließlich des 2.700 Kilometer langen Rohrnetzes, wirtschaftlich abschreiben, sondern untragbare Investitionen vornehmen.



Die Wärmemenge des erzeugten Stadtgases entspricht einer elektrischen Energie von 3.979 Giga-Watt-Stunden, also mehr als die E-Werke im kommenden Jahr zu liefern haben werden.

Die E-Werke haben bedeutende Rationalisierungserfolge erzielt. 1937 wurden pro Beschäftigte 175.000 Kilowattstunden bereitgestellt, im nächsten Jahr werden es 1,078.200 Kilowattstunden sein. Trotz diesen Erfolgen werden in der Tarifsparte "Haushalt" die Kosten nicht mehr gedeckt werden. Das ständige Steigen der Material- und Lohnkosten wird früher oder später zu Preisüberlegungen in ganz Österreich führen müssen. Erste Anzeichen dafür sind schon vorhanden. Allein die Verteuerung von Heizöl um 16 Prozent in der letzten Zeit bringen den E-Werken im kommenden Jahr Mehrausgaben von 23 Millionen.

Gas-Werk: Am 7. September erfolgte im ersten Rayon die Umstellung von Stadtgas auf Erdgas. Damit hat in Wien das Erdgas-Zeitalter begonnen. Bisher wurden in 15 Rayonen die Gasgeräte von 7.784 Kunden umgestellt, das entspricht etwa einem Prozent der Gasbezieher. 65,8 Prozent der vorhandenen Geräte waren umbaufähig, nur 34,2 Prozent mußten durch neue Geräte ersetzt werden. Durch intensive Verhandlungen mit der Industrie konnte ein Aktionsherd zum Preis von 1.560 Schilling auf den Markt gebracht werden. Dieses günstige Preisangebot veranlaßte einen Teil der Konsumenten, nicht die kostenlose Umstellung in Anspruch zu nehmen, sondern einen neuen Herd zu kaufen. Unter den 7.784 Kunden waren 6,7 Prozent Sozialfälle, bei denen die Fürsorge alle zusätzlichen Kosten übernommen hat. Am Beginn der Umstellung wurden 250 Kunden pro Woche erfaßt, jetzt sind es bereits 750. Für kommendes Jahr ist die Umstellung bei 45.000 bis 50.000 Gaskunden geplant.

Für 1971 wird eine Gasabgabe von 990 Millionen Kubikmeter Stadtgas erwartet. Darin ist die Direktabgabe von 16 Millionen Kubikmeter Erdgas enthalten, was rund 36 Millionen Kubikmeter Stadtgas entspricht. Das Schwergewicht der Investitionstätigkeit liegt nach wie vor beim Ausbau des Rohrnetzes.

Auch Gasheizungen waren heuer sehr gefragt. Bis Ende November wurden 14.156 Anträge gestellt, von denen 14.106 positiv erledigt werden konnten.



Im gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden nur 9.900 Anträge eingebracht, von denen 9.773 positiv erledigt wurden. In Wien stehen derzeit rund 195.000 Gasheizungen in Verwendung. Rechnet man dazu die rund 55.000 Nachtspeicheröfen, so ergibt sich, daß 250.000 Heizgeräte von den Stadtwerken versorgt werden. Mit dieser Zahl könnte man sämtliche Wohnungen der Städte Graz, Linz, Innsbruck, Salzburg und Wr. Neustadt beheizen. Mit diesen ruß- und abgaslosen Heizungen wird ein wichtiger Beitrag zur Luftreinhaltung geleistet.

Verkehrsbetriebe: Für kommendes Jahr werden 424 Millionen Fahrgäste erwartet. Der Durchschnittserlös pro Fahrgast wird im Einheitstarif mit 243,5 Groschen angenommen. Dieser Durchschnittserlös erklärt, daß auch für 1971 bei den Verkehrsbetrieben ein Verlust von 537 Millionen angenommen wird. Die Ursache dafür sind die Sozialtarife mit ihren über dem europäischen Durchschnitt liegenden Rabatten. Da die Verkehrsbetriebe wie in den vergangenen Jahren von den E-Werken 180 Millionen Schilling erhalten, vermindert sich der Verlust auf 357 Millionen.

Der Personalmangel verschärft die Situation. Mit Hilfe von Werbemaßnahmen konnten heuer bis 20. November 393 Neuaufnahmen erreicht werden. Im gleichen Zeitraum war jedoch ein Abgang von 668 Bediensteten zu verzeichnen, im Ganzen also eine Verminderung des Personalstandes um 269 Bedienstete. Es werden alle Anstrengungen unternommen, um die finanziellen und personellen Schwierigkeiten durch Rationalisierungen zu bewältigen. Im Gespräch mit Verkehrsminister Frühbauer gelang es, die Verlängerung der Hauptrevisionszeiten für die Schienenfahrzeuge und die Genehmigung für den schaffnerlosen Betrieb zu erreichen. Bisher wurden 319 Beiwagen auf schaffnerlosen Betrieb umgestellt. 1971 sollen weitere 47 Beiwagen umgebaut werden. Für den völlig schaffnerlosen Betrieb ist der Bau von 67 Triebwagen im kommenden Jahr vorgesehen. Durch diese Maßnahmen werden Schaffner eingespart, der Mangel an Fahrern bleibt jedoch bestehen. Aus diesem Grund wurde begonnen, Frauen als Fahrer einzusetzen. Derzeit stehen vier Fahrerinnen im Einsatz und sechs in Ausbildung.

Trotz der angespannten Personalsituation müssen immer wieder neue Gebiete in unserer Stadt mit zusätzlichen Linien erschlossen werden.



So wird in wenigen Tagen mit der Eröffnung der Praterbrücke keine neue Autobuslinie den Verkehr aufnehmen. Die Erschließung der Großfeldsiedlung, die Verlängerung verschiedener Autobuslinien und die Inbetriebnahme der neuen Linie über die Praterbrücke waren nur möglich, weil die Parallelführungen zwischen Straßenbahn und Autobus eingestellt wurden.

Von den 390 Autobussen wurden 206 bereits für den Einsatz von Flüssiggas umgestellt und damit neben der Erhöhung der Wirtschaftlichkeit auch ein wichtiger Beitrag gegen die Luftverschmutzung geleistet. Der begonnene Einbau von Ölwirbelbremsen trägt wirksam zur Lärmbekämpfung bei. Ab 1. Jänner 1970 wurde der Pensionistenfahrchein eingeführt. Er hat im Kreis der sozial Schwächsten guten Anklang gefunden, denn bis 30. November wurden 25.000 Pensionistenausweise ausgestellt und mehr als 2,3 Millionen Fahrscheine verkauft.

Auf dem U-Bahn-Sektor werden 1971 alle Arbeiten fortgesetzt, damit 1973 der Betrieb auf der Probestrecke aufgenommen werden kann. Es wird wahrscheinlich möglich sein, im Frühjahr 1971 ein maßstabgetreues Modell des Stirnteiles, des Fahrerstandes und eines Abteils des U-Bahn-Wagens vorzustellen.

Städtische Bestattung: Auf Grund der leider noch immer anhaltenden erhöhten Sterblichkeit in unserer Stadt wurde für 28.300 Bestattungen im kommenden Jahr Vorsorge getroffen. Der seit 1968 unveränderte Tarif wird auch im kommenden Jahr beibehalten werden. Jene Leistungen, die aus sozialen Gründen nicht kostendeckend sein können, werden die Ergebnisse der Produktivitätssteigerung im Sargerzeugungsbetrieb ausgeglichen. Unter den Investitionen in der Höhe von rund elf Millionen sind die Um- und Neugestaltung der Aufbahrungshallen in den Friedhöfen Hietzing und Döbling sowie im Wiener Zentralfriedhof. Außerdem ist die Fertigstellung von Einrichtungen im Friedhof Ottakring für Kremations-Trauerfeiern vorgesehen. Diese Neugestaltung kommt besondere Bedeutung zu, da die römisch-katholische Kirche ihre Einstellung gegenüber der Einsegnung bei Kremationsfeiern geändert hat.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)



uno-city:

projekt staber wird gebaut

7 wien, 18.12. (rk) wie die 'rathaus-korrespondenz' erfahrt, fand freitag unter dem vorsitz von bundeskanzler dr. k r e i s k y eine sitzung statt, an der die zustandigen ressortminister, vize-buergermeister s l a v i k mit den zustandigen stadtraeten sowie der generaldirektor der internationalen atomenergiekommission, dr. e k l u n d, und in vertretung des exekutivdirektors der unido, verwaltungsdirektor b i r c k h e a d, teilnahmen.

es lag ein gemeinsamer bericht der zustandigen oesterreichischen stellen und der internationalen organisationen vor. daraus ergibt sich, dass hinsichtlich der funktionellen, betrieblichen und sonstigen technischen erfordernisse der organisation im rahmen des projektes s t a b e r uebereinstimmung erzielt werden konnte.

nach eingehender eroerterung der probleme und neuerlicher ueberpruefung der im gemeinsamen bericht geklaerten fragen gab der bundeskanzler namens der zustandigen oesterreichischen stellen (bund und stadt wien) die oesterreichischerseits getroffene entscheidung bekannt, wonach das praemierte projekt staber ausgefuehrt werden soll. dem ministerrat sowie dem wiener stadtsenat wird in diesem sinne berichtet werden.

generaldirektor dr. eklund und verwaltungsdirektor birckhead dankten dem bundeskanzler, der bundesregierung und der stadt wien fuer ihre bemuehungen um die errichtung des permanenten amtsitzes der iaao und der unido. sie dankten fuer die fruchtbaren konsultationen im verlauf der vorbereitungen mit den vertretern von bund und stadt wien und gaben der ueberzeugung ausdruck, dass diese enge zusammenarbeit auch waehrend der planung und durchfuehrung des baues fortgesetzt werden wird.

1332



ein musterbeispiel...

4 wien, 18.12. (rk) donnerstag, gegen 21 uhr. ein strassenbahnzug der linie 36 steht bei der boerse. er kann nicht abfahren, weil ein kraftfahrer seinen wagen genau auf den schienen geparkt hat. die beiden schaffnerinnen suchen den wagenlenker in den umliegenden kaffeehaeusern vergeblich. die fahrgaeste im 36er schimpfen auf den kraftfahrer. bei den folgenden haltestellen stehen vermutlich wartende, die ebenfalls schimpfen - allerdings auf die strassenbahn, die nicht daherkommt.

die betriebsinspektion der verkehrsbetriebe, die von einer schaffnerin ueber die situation informiert wurde, entschliesst sich, die feuerwehr zu verstaendigen. nach wenigen minuten kommt der einsatzwagen, nach einigen weiteren minuten ist der auf den schienen abgestellte wagen abgeschleppt, der 36er kann anfahren.

zwei oder drei dutzend menschen haben 20 minuten zeit verloren, ein kraftfahrer wird tief in die tasche greifen muessen - und das alles nur, weil dieser kraftfahrer aus gedankenlosigkeit (wir wollen nichts aergeres annehmen) seinen wagen ausgerechnet auf die schienen stellen musste.

ein vorfall, der leider kein einzelfall ist...

0957

a c h t u n g   a e n d e r u n g ,   a c h t u n g   a e n d e r u n g

geehrte redaktion

6 wie wir soeben aus dem bautenministerium erfahren, wird an der morgigen eroeffnung des suedautobahnstueckes nicht bautenminister moser, sondern in dessen vertretung s e k t i o n s - c h e f dr. otto r a s c h a u e r teilnehmen.

herr bautenminister moser kann deshalb nicht an der verkehrsfreigabe teilnehmen, weil eine plenarsitzung des nationalrates stattfindet und er unabkoemmlich ist.

1225



## brahms-zyklus zu den wiener festwochen 1971

10 wien, 18.12. (rk) ausser dem schubertzyklus, der mit dem eröffnungskonzert der wiener festwochen am 23. mai 1971 mit den wiener philharmonikern unter karl boehm beginnt, und neben dem zyklus "komponisten des 20. jahrhunderts", veranstaltet die wiener konzertthausgesellschaft eine reihe von vier orchesterkonzerten mit werken von johannes brahms. die wiener symphoniker eroffnen am 28. mai unter horst stein, solist ist nathan milstein (1. symphonie und violinkonzert), den brahms-zyklus. die wiener symphoniker unter reinhard peters, das radio-symphonie-orchester berlin unter lorin mazel und das orchester des bayrischen rundfunks unter rafael kubelik setzen die reihe der konzerte mit weiteren bekannten solisten fort. das programm umfasst die vier symphonien, die haydn-variationen, die beiden klavierkonzerte und das doppelkonzert.

1336

## grosser erfolg der wien-ausstellung in chikago

8 wien, 18.12. (rk) als "senkrechtstarter" in den besucherzahlen entpuppte sich die am 9. dezember eroffnete wien-ausstellung in chikago. "vienna gloriosa" erreichte bereits am ersten wochenende 12.000 besucher und liegt seither bei einem besuchsdurchschnitt von 1.000 personen an wochentagen.

die amerikanische presse kommentiert die exposition freundlich, die kommentare der besucher sind begeistert. besonders umlagert ist das grosse modell der wiener innenstadt, bei dem die wichtigsten gebaeude wiens durch knopfdruck erleuchtet werden koennen.

eroeffnet wurde die ausstellung durch stadtschulratspraesident dr. hermann schneel mit einem dinner fuer 300 personen. dabei gab es als hauptgericht paprikahendl und zum dessert wiener apfelstrudel.

1324



prominente ueberzeugen sich:

die donaukanalkarpfen sind gut

14 wien, 18.12. (rk) im rathauskeller warfen freitag mittag zahlreiche politische mandatare und prominente des oeffentlichen lebens das gewicht ihrer persoenlichkeit in die waagschale. im gleissenden scheinwerferlicht und unter dem surren der fernsehkameras teilte die prominenz mit kundiger hand gebackene karpfenportionen. der grund fuer die unpolitische und eher ungewoehnliche demonstration von spitzenpolitikern: es galt, die ungefaehrlichkeit der donaukanal-fische des wiener fischmarktes demonstrativ unter beweis zu stellen.

handelsminister dr. s t a r i b a c h e r, stadtrat ddr. p r u t s c h e r, die 2. praesidentin des wiener landtages, maria h l a w k a, kammerpraesident m i t t e r e r, polizeipraesident h o l a u b e k, mitglieder des gemeinderatsausschusses fuer wirtschaftsangelegenheiten, unter ihnen der chemiker und nahrungsmittelperte ddr. s t r u n z, marktamtsdirektor dr. b e y e r, veterinaeramtsdirektor dr. s w o b o d a und der bekannte schauspieler fritz m u l i a n hatten der einladung des fischgrosshandels folge geleistet und wetteiferten in dem bemuehen, die saftigen fischstuecke moeglichst geschickt von den g r a e t e n zu trennen.

der geschmack der fische fand lob. um selbst den aengstlichsten jede sorge abzunehmen, liessen die fischhaendler zwischen dessert und karpfen das ergebnis einer untersuchung der lebensmittel-versuchsanstalt um den tisch zirkulieren, in dem der einwandfreie zustand einer probe schwarz auf weiss festgehalten war.



Wie Wiens neuer Bürgermeister gewählt wird  
=====

Der Ablauf der Gemeinderatssitzung am Montag, dem 21. Dezember

Wien, 18.12. (RK) Wie bekannt, wird der Wiener Gemeinderat am Montag, dem 21. Dezember, zusammentreten, um den neuen Wiener Bürgermeister zu wählen. Der Ablauf dieser Sitzung ist folgendermaßen geplant:

Vizebürgermeister Gertrude Sandner, mit der Führung der Geschäfte des Bürgermeisters betraut, wird die Sitzung des Gemeinderates eröffnen und seine Beschlußfähigkeit feststellen.

Der Bürgermeister wird vom Gemeinderat auf Grund des § 94 der Wiener Gemeindewahlordnung mit "unbedingter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt". Der Bürgermeister muß nicht dem Gemeinderat angehören, aber zu ihm wählbar sein. Die Sozialistische Partei hat Vizebürgermeister Felix Slavik für die Wahl vorgeschlagen.

Die Vorsitzende, Vizebürgermeister Sandner, ersucht nun vier Gemeinderäte (von jeder im Gemeinderat vertretenen Partei ein Mitglied), als Wahlprüfer zu fungieren.

Nach der Feststellung der Vorsitzenden, daß die Wahlurne leer ist (ein ungefähr 50 Zentimeter hohes Messinggefäß, mit rotem Samt ausgeschlagen) ersucht sie die beiden Schriftführer, die Mitglieder des Gemeinderates namentlich aufzurufen und ersucht die Gemeinderäte, nach Aufruf den Stimmzettel in die Urne zu legen.

Nach abgeschlossener Stimmenabgabe wird die Sitzung unterbrochen, wobei die Gemeinderäte im Saal anwesend bleiben. Die Wahlprüfer ziehen sich im Saal zur Auszählung der Stimmzettel zurück. Der Stimmzettel ist ein einfaches weißes Stück Papier, ungefähr 15 mal 10 Zentimeter groß, und trägt die gedruckte Aufschrift "Stimmzettel für die Wahl des Bürgermeisters".

Wenn die Stimmzettel ausgezählt sind, wird die Sitzung wieder aufgenommen und von der Vorsitzenden das Wahlprotokoll mit dem Wahlergebnis verlesen.

Unter der Voraussetzung, daß Felix Slavik zum Bürgermeister gewählt werden wird, ersucht Frau Sandner "Herrn Bürgermeister Slavik, die Erklärung abzugeben, ob er die Wahl annimmt".



Nach der Annahmeerklärung leistet Bürgermeister Slavik das Gelöbniß. Nach einem kurzen Glückwunsch an den neuen Bürgermeister übergibt Vizebürgermeister Sandner den Vorsitz an einen der gewählten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates.

Hierauf erfolgt an Stelle von Bruno Marek die Wahl von Bürgermeister Felix Slavik als einen Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates.

Nun übernimmt Bürgermeister Felix Slavik den Vorsitz.

Die weiteren Wahlen werden nicht mittels Stimmzettel, sondern bloß durch Erheben der Hand vorgenommen. Zunächst Gemeinderat Otto Schweda zum Stadtrat. Stadtrat Schweda wird nach seiner Annahmeerklärung angelobt. Als nächstes wird Stadtrat Hans Bock zum Vizebürgermeister gezählt.

Nun wird die Sitzung neuerlich unterbrochen, um dem Stadtsenat Gelegenheit zu geben, den Vorschlag für die Wahl eines Amtsführenden Stadtrates der Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen, zu erstatten. Danach wird in der wiederaufgenommenen Sitzung Stadtrat Otto Schweda zum Amtsführenden Stadtrat gewählt.

Nun ergreift der neue Wiener Bürgermeister das Wort zu seiner Antrittsrede. Im Anschluß daran wird die Debatte zur Erklärung des Bürgermeisters eröffnet, um den im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.

- - -



## Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 18.12. (RK) Freitag mittag trat der Wiener Gemeinderat zur Beratung des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke zusammen. Darüber referierte Stadtrat Franz Nekula (SPÖ) (siehe unseren eigenen Bericht, Blatt 4054 bis 4058)

Zu Beginn der Sitzung wurden mehrere Gemeinderäte angelobt. An die Stelle von Bruno Marek tritt Gertrude Sandner.

Die Stelle von Gertrude Sandner nimmt der neue Gemeinderat Leopold Mayrhofer ein.

Für den zurückgetretenen Gemeinderat Julius Fischer wurde Otto Schweda berufen.

Für die zurückgetretene Gemeinderätin Maria Hirschler wurde Konrad Zehetner angelobt.

An die Stelle des verstorbenen Gemeinderates Anton Konir trat Erika Schmid.

Die neuen Gemeinderäte legten sodann ihr Gelöbniß ab.

In diesem Zusammenhang wurden auch Wahlen in die verschiedenen Gemeinderatsausschüsse notwendig. Als Schriftführer wurde Gemeinderat Stefan Schemer gewählt.

Als Mitglied des Finanzausschusses Otto Schweda.

Als Mitglieder des Kulturausschusses Hermine Fiala und Dr. Rudolf Müller.

Als Mitglied des Baubehörde-Ausschusses Gemeinderat Hans Brosch.

Als Mitglied des Liegenschaftsausschusses und des Wohnungsausschusses Gemeinderat Leopold Mayrhofer.

Als Mitglied des Ausschusses für die Städtischen Unternehmungen Gemeinderat Konrad Zehetner.

Dank an die scheidenden Gemeinderäte

Der Vorsitzende, GR. Schreiner (SPÖ) sprach den beiden ausgeschiedenen Gemeinderäten, Maria Hirschler und Julius Fischer unter großem Beifall den Dank des Gemeinderates aus. Beide hätten viele Jahre dem Gemeinderat angehört und auch in den Ausschüssen, in denen sie tätig gewesen seien, wertvolle Arbeit geleistet.



Stadtwerke-Debatte

**GR.** Joachim Müller (DFP) bezeichnet die Einstellung beziehungsweise Verkürzung von Autobuslinien als echten Rückschritt. Manche Firmen denken schon daran, ihre Betriebe aus derart verkehrsunünstig gelegenen Gebieten zu verlegen. Der Redner regt eine Rundlinie an. Unsere Verkehrsplanung liege überhaupt sehr in Argen. Der Fahrgastschwund kann bei einer so schlechten Verkehrsbedienung sicherlich nicht hintangehalten werden. Auf einzelne Verkehrsmittel kann man oft zehn Minuten oder länger warten. Auch Einsatzwagen der Verkehrsbetriebe müßten bei Unfällen schneller eintreffen. Nach einem Absetzen der verlangten Bediensteten am Unfallort müßte das Einsatzfahrzeug die Strecke abfahren und die wartenden Fahrgäste über die Verzögerung informieren.

In der Mariahilfer Straße hätte man die Straßenbahnlinie durch die Führung von Autobussen bis nach Schönbrunn ersetzen müssen. Inner wieder wird der Personalmangel als Anlaß für aufgezeigte Mängel genannt. Ausreichend Personal wird man aber nur bekommen, wenn die Grundgehälter angehoben und die Freizeit durch bessere Dienstenteilung verbessert wird.

Der Redner urgiert den Antrag seiner Fraktion auf Anbringung kleiner Tafeln in den Haltestellen der Massenverkehrsmittel, die nicht nur die Streckenangabe enthalten sollten, sondern auch eine Skizze über in der Umgebung liegende Amtsgebäude und Sehenswürdigkeiten. Er verlangt ferner die vermehrte Anbringung von Fahrtroutenwählern.

~~Richtungsweisende~~ Lösungen zeigen sich in der Wärmeversorgung. Der steigende Energiebedarf müßte durch Fernwärme und Elektrizität gedeckt werden, da nur diese beiden Energieträger eine Reinhaltung der Luft gewährleisten. Ein billiger Strompreis und die Sicherstellung ausreichender Energiequellen könnten hier viel zu einer Verbesserung beitragen. Die Fernwärmegesellschaft müßte aber, ebenso wie die Wasserwerke in einen Verbund mit den E- und Gaswerken gebracht werden.

Bei der Erdgasunstaltung kommt es durch das Fehlen der notwendigen Geräte zu ernsthaften Schwierigkeiten. Es sei unverständlich, daß nur eine einzige Firma mit diesem Riesengeschäft



betrachtet wurden. Wie komme die Bevölkerung aber überhaupt dazu, daß sie die Kosten für eine derartige Änderung in der Energieversorgung trägt. Erfreulich sei der Ankauf eines zweiten sogenannten Gasschnüfflers.

Bei den E-Werken sollte man die Nutzbarmachung neuer Energiequellen nicht außer Acht lassen. Ein Atonreaktor in der Lobau sei jedoch aus Gründen des Naturschutzes abzulehnen.

Den Ansätzen stimme seine Fraktion nicht zu.

GR. Hirnschall (FPÖ) erhielt nach seinem Schwächeanfall im Gemeinderat am Mittwoch "Auftrittsapplaus". Er befaßte sich zunächst mit der Sanierung der Wiener Stadtwerke. Die Übernahme der Pensionslasten könnte lediglich als momentaner Ausgleich, keinesfalls aber als dauerhafte Lösung bezeichnet werden.

E-Werke: Hier sei erfreulich, daß diese in der Lage seien, ihre Investitionen voll zu verwirtschaften, bedauerlich wäre es hingegen, daß deren positives Gesamtbild durch die zu leistenden Zuschüsse an die Verkehrsbetriebe getrübt werde. Zu den Verkehrsbetrieben meinte der Redner, daß ohne Hilfsmaßnahmen deren Verluste insgesamt einen Betrag von 1.402 Millionen Schilling erreicht hätten. In Anbetracht des ständigen Wachstums des Verwaltungspersonals, wäre es interessant, hier einmal genaueres über die Entwicklung der Verkehrsbetriebe auf den Personalsektor zu erfahren.

Hirnschall reklamierte rationellere Verkehrsmittel für Wien und kam in diesem Zusammenhang auf den Wirtschaftsplan der Stadtwerke zu sprechen, wobei er meinte, daß dieser keineswegs Anlaß zu übertriebenen Optimismus gäbe. Tarifierhöhungen könnten aber nur die Frequenzverninderung "anheizen". Die Wiener Straßenbahn gehöre zu den langsamsten Verkehrsmitteln der Welt.



Ihre durchschnittliche Geschwindigkeit beträgt nur 14,3 km/h. Man spreche zwar immer von Rationalisierungen und führe diese auch zum Teil durch, doch vernachlässige man dabei andere wichtige Dinge. So lasse der Komfort, die Sauberkeit aber auch der Kundendienst bei den Verkehrsbetrieben sehr zu wünschen übrig. In diesem Zusammenhang gab er Stadtrat Nekula den Rat, doch einmal selbst die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen, um sich von diesen häufig auftretenden Mißständen zu überzeugen.

Die Amputierung der innerstädtischen Linien am Ring habe der Bevölkerung, aber auch den Geschäftsleuten schweren Schaden zugefügt und wäre vermeidbar gewesen. Zu diesem Thema stellte der Debattenredner namens seiner Fraktion den Antrag auf Einbeziehung der innerstädtischen Autobuslinien in den Einheits-tarif. Zum Voranschlag teilte er mit, daß die FPÖ nicht zustimmen werde.

GR. Schemer (SPÖ) beschäftigte sich mit den Verkehrsproblemen des 22. Bezirkes. Die neue Autobuslinie über die Praterbrücke (von Stadlau nach Erdberg) sei ein Weihnachtsgeschenk von Stadtrat Nekula für die Bewohner des 22. Bezirkes. Für die verkehrsmäßige Erschließung der Donaustadt spiele auch die Unterfahung der Ostbahn eine maßgebliche Rolle.

In diesem Zusammenhang nahm Schemer gegen eine Publikation der ÖVP-Bezirksleitung Donaustadt Stellung: Darin seien verschiedene Gerüchte veröffentlicht worden - die Unterfahung sei zu niedrig gebaut worden, die Straßenbahn werde nicht durchfahren können, ein Umbau sei nötig, schließlich werde dadurch die Fertigstellung unnötig verzögert. Schemer stellte fest, daß diese Behauptungen samt und sonders unrichtig sind. Die Verzögerung sei vielmehr durch den langen Winter und durch Absiedlungsschwierigkeiten verursacht. Im übrigen seien die Behauptungen nichts anderes als Rufmord an den Fachleuten, die an der Erstellung des Bauwerkes beteiligt sind. Schemer sprach allen Mitarbeitern an der Unterfahung seinen ausdrücklichen Dank aus.



Die betreffende Publikation verwende aber nicht nur unentschuld bare Formulierungen, sondern sei offenbar über die politische Schußrichtung ihrer Angriffe in unklaren. So ziele etwa der Satz "Die Ampelschaltung in der Erzherzog Karl-Straße kann nur das Werk eines Sadisten sein, denn so viel Dummheit ist gar nicht möglich" direkt auf die ÖVP-Stadträtin Doktor Maria Schaunayer.

Abschließend dankte Schener namens der Bevölkerung des 22. Bezirkes. Stadtrat Nekula für dessen Obsorge und die Verkehrsbedürfnisse in der Donaustadt, in besonderen auch für die allgemein begrüßte Umstellung der Linie 317 auf Autobusbetrieb.

GR. Haag (ÖVP) kam auf die unterschiedliche Höhe der Strompreise zu sprechen. Danach werden die höchsten Gebühren für Großabnehmer in Kärnten von der KELAG verrechnet, dann folgen die Salzburger SAFE, die Wiener E-Werke, die Klagenfurter E-Werke und das Burgenland. Die günstigsten Tarife gibt es bei der Tiroler TIWAG und bei den Innsbrucker Stadtwerken.

Um zu allen Jahreszeiten ausreichende Stromlieferungen zu garantieren, sei eine Mischung der verschiedenen Kraftwerk-Typen unbedingt durchzuführen. Die Verdoppelung der derzeit benötigten elektrischen Energie wird nicht - wie ursprünglich angenommen - in zehn Jahren eintreten, sondern bereits in sieben bis acht Jahren.

Nach internationalen Maßstäben ist der Stromverbrauch in Österreich noch relativ gering. So sind in Wien gegenwärtig nur 3,5 Prozent der Haushalte elektrisch beheizt - 1980 werden es voraussichtlich 40 Prozent sein. In diesen Zusammenhang erscheint es als Anachronismus, daß die Wiener E-Werke die Aufheizzeit der Nachtspeicheröfen von 8 auf 6 Stunden gekürzt haben.

Beim Kraftwerk Donaustadt wird die 2. Ausbaustufe 1976, die 3. Stufe in Jahr 1979 fertig sein. Derzeit verheizen die E-Werke schwefelarmes Erdöl österreichischer und lybischer Provenienz, in naher Zukunft wird man aber ~~Schwe~~ röhle aus Oststaaten verfeuern müssen. Dieses Öl ist reich an Schwefel, leider ist es fast unmöglich, den Schwefel zu eliminieren. Das bedeutet ein Steigen der Luftverunreinigung für die Bezirke 21 und 22 bei Ostwind, hervorgerufen durch das Kraftwerk Donaustadt.



An der Luftverunreinigung steht anteilmäßig der Hausbrand mit 45 Prozent an erster Stelle, dann folgen die Industrie mit 35 und der Verkehr mit 20 Prozent.

Anschließend kam der Debattenredner auf die Erdgasumstellung zu sprechen. Es müsse alles getan werden, um durch entsprechend rasche Umstellung den Bau einer dritten Erdgasspalanlage zu vermeiden - sie müßte zehn Jahre später zum alten Eisen geworfen werden.

Da mit der Umstellung die Firma Integral beauftragt wurde, sind die Wiener Installateure ausgeschlossen. In Erdgas-Informationsbus sei zwar zu lesen, daß auch ein Installateur die Umstellung vornehmen könne, doch wüßten die Betriebsinhaber nicht einmal, von wo sie Aktionsherde beziehen könnten. In den Umstellbezirken habe es einige "Kinderkrankheiten" gegeben, von der Umstellfirma sei auch in Pfusch gearbeitet worden.

Hausbesitzer und Hausverwalter sollten schon zwei Jahre vor dem Umstellungstermin verständigt werden, um rechtzeitig für den Austausch der Hausleitungen sorgen zu können.

Geneinderat Stockinger (SPÖ) hob die Bedeutung der Investitionen für das Wiener Gas- und E-Werk hervor. Sie seien ein entscheidender Beitrag zur Stärkung der Wiener Wirtschaft und außerdem zum Schutz der Umwelt. Nur verstärkte Investitionen auf diesem Gebiet können helfen, die Luft in Wien reinzuhalten oder zu verbessern. Leider gebe es in der Bundeshauptstadt noch immer mehr als 500.000 Haushalte, in denen mit Einzelöfen geheizt wird. Die schädlichen Nebenwirkungen haben durch die Koks-krise noch eine Verschärfung erfahren. Koks sei gegenüber den Briketts und Kohlen noch immer ein relativ reiner Brennstoff. In diesem Zusammenhang gewinne die Fernwärme zunehmende Bedeutung. Als besonders erfreulich strich der Redner die Koordinationsbesprechungen der einzelnen mit der Energieversorgung beschäftigten Geschäftsgruppen zur Erarbeitung eines Energiekonzeptes hervor.



GR. Hahn (ÖVP) ging ausführlich auf die Folgen der im Vormonat beschlossenen Übernahme der Pensionslasten durch die Hoheitsverwaltung auf den vorliegenden Wirtschaftsplan der Stadtwerke, speziell der Verkehrsbetriebe ein. Das Defizit der Verkehrsbetriebe werde mit 357 Millionen Schilling ausgewiesen, doch betrage es tatsächlich 706 Millionen. Und zwar komme man zu dieser Ziffer, wenn man die 180 Millionen Subvention der E-Werke und weitere 169 Millionen hinzurechne, die eigentlich in der Teilerfolgsrechnung der Verkehrsbetriebe aufscheinen müßten. Es handle sich dabei um jenen 25prozentigen Dienstgeberanteil, der bekanntlich von den Stadtwerken nun an die Hoheitsverwaltung abgeführt werden müsse. Tatsächlich habe man jedoch in den Erfolgsrechnungen der Teilunternehmen aus ihm unerklärlichen Gründen diese 25 Prozent sehr unterschiedlich berechnet: Die E-Werke müßten um 85 Millionen und die Gaswerke um 83,7 Millionen mehr an Dienstgeberbeiträgen bezahlen, als es den 25 Prozent entsprechen würde. Dafür aber habe man die Verkehrsbetriebe mit bloß 35,7 statt 207,4 und damit um 169 Millionen weniger belastet. Hahn erklärte, dies sei ein Beweis für eine Verzerrung bei den einzelnen Erfolgsrechnungen.

Man habe die Übernahme der Pensionslasten seiner Meinung nach zu Unrecht als den großen Erfolg für die wirtschaftliche Situation der Stadtwerke bezeichnet. Was die Verkehrsbetriebe angehe, so wäre das Defizit noch größer als 1970, würde man auch für 1971 die aliquoten Pensionslasten dazu zählen, da es mit 1033 Millionen angenommen worden war. Auch die Zinsenbelastung der Stadtwerke zeige weiterhin eine steigende Tendenz.

Ausführlich beschäftigte sich Hahn mit der Personalsituation: Man habe zwar in den letzten zwei Jahren den Sollstand bei den Verkehrsbetrieben jeweils reduziert, doch sei er für 1971 noch immer um 380 Personen über dem Iststand des Jahres 1969. Dann der Rationalisierungsmaßnahmen, die bereits von Stadträtin Schaumayer eingeleitet worden seien, sei es zu einer spürbaren Verminderung beim im Rolldienst eingesetzten Personal, nicht aber bei den in der Verwaltung oder in den Werkstätten Beschäftigten gekommen.

Die Baurate für die neue Zentralwerkstätte von 72 Millionen Schilling sei seiner Meinung nach zu gering, daher werde dieses



wichtige Vorhaben zu langsam realisiert. Hahn fragte schließlich noch den Amtsführenden Stadtrat, ob wirklich die im Wirtschaftsplan vorgesehenen 134 Millionen zur Erneuerung des Wagenparks der Tramway benötigt würden, oder ob man nicht diese Position im Hinblick auf den nun doch absehbaren Einsatz der U-Bahn reduzieren könne.

GR. Pöder (SPÖ) verweist darauf, daß der vorliegende Wirtschaftsplan zum Unterschied der Wirtschaftspläne der Vorjahre einen wesentlichen Unterschied aufweist. Die Einnahmen und die Ausgaben erscheinen ausgeglichen. Der Plan schließt sogar mit einem bescheidenen Überschuß von 7,5 Millionen Schilling ab. Diese entscheidende Änderung der Erfolgs- und Kapitalstruktur ist zum größten Teil auf die Wegnahme der Pensionslasten von den Teilunternehmungen - ausgenommen die Bestattung - zurückzuführen. Er habe selbstverständlich das Sanierungskonzept der ÖVP studiert, das wenige Wochen vor den Wahlen 1969 vorgelegt wurde. Er konnte dabei feststellen, daß ein nicht unwesentlicher Teil dieses Programmes auf Unterlagen, Studien und Empfehlungen beruht, die schon zehn bis zwölf Jahre zurückliegen. Er habe ferner auch die beiden Studien angesehen, deren eine grundlegende Rechte des Personals in Frage stellt. In ihr wurde die Ansicht vertreten, die dienstrechtliche Stellung der pragmatischen Bediensteten abzuändern, um zu einem Personalmanagement zu kommen, wie es die Privatwirtschaft hat. Eine derartige Ansicht verstoße aber grundlegend gegen das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien, das durch Landesgesetz geregelt ist. Dieses Dienstrecht sei aber die stärkste Säule der sozialen Sicherheit im öffentlichen Dienst.

Der Redner kommt sodann auf die Übernahme der Pensionslasten durch die Hoheitsverwaltung zu sprechen, die als Kernstück des Sanierungskonzeptes anzusehen ist. Die Stadt Wien übernimmt ab 1971 alle Pensionslasten der Wiener Stadtwerke, mit Ausnahme der Bestattung, mit einer Summe von 895 Millionen Schilling, also nicht nur die sogenannten betriebsfremden Pensionslasten der Verkehrsbetriebe. Die Witwenpensionen werden im kommenden Jahr um zehn Prozent steigen.

Zur Einsparung von Dienstposten: Zum Unterschied zu den seinerzeitigen Verwaltungsreformen beim Bund - hier wurden einfach alle unbesetzten Dienstposten abgestrichen und als Ein-



sparungserfolg apostrophiert - wurde der Stellenplan realistisch erstellt und keine scheinbaren Sparmaßnahmen vorgenommen.

Die Hoheitsverwaltung habe aber auch andere weitgehende Maßnahmen zur Sanierung unternommen. Dazu gehören unter anderem die Übernahme von jeweils 50 Prozent der Kosten für Verkehrsbauten und für die Schneeräumung.

Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß die nunmehrige Bundesregierung den Interessen und Bedürfnisse unserer Unternehmungen heute weit mehr Rechnung trägt, als die seinerzeitige ÖVP-Regierung.

Zum möglichen Mißbrauch der elektronischen Datenverarbeitung: Der Datenverarbeitung kommen heute eine eminente wirtschaftliche Bedeutung zu. Eine Demokratie sei aber der Garant dafür, daß es einen derartigen Mißbrauch nicht geben könne.

Abschließend stellt der Redner fest, daß das Budget und die Wirtschaftspläne ihre Auswirkungen nicht nur auf das kommende Jahr haben werden, sondern auf Jahrzehnte. Es gelte für die Zukunft vorzusorgen und die Bedürfnisse der nächsten Generation zu sichern.

Stadtrat Nekula sagte im Schlußwort, man könne nicht neue Leistungen verlangen und sich zugleich gegen Tarifierhöhungen wenden. Man könne aus dem Topf nicht mehr herausnehmen, als drinnen ist. Es dürfe auch nicht übersehen werden, daß Rationalisierungsmaßnahmen notwendig seien, aber keine entscheidende Veränderung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung bringen könnten.

Die Durchschnittsgeschwindigkeit bei den Verkehrsbetrieben sei mit 14,6 Stundenkilometer tatsächlich gering. In Paris verkehre der Autobus allerdings mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von neun Stundenkilometer, weil dort infolge der stärkeren Motorisierung der Oberflächenverkehr fast keine Leistung mehr erbringe. Weil auch in Wien die Entwicklung in dieser Richtung geht, werde der Bau der U-Bahn forciert. Überdies betrage der durchschnittliche Halteabstand in Wien nur 400 Meter gegenüber etwa 680 Meter in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser geringe Haltestellenabstand bremse die Reisegeschwindigkeit sehr stark.



Die ~~aus~~gewiesenen Personalstände stimmen tatsächlich nicht mit dem wirklichen Personalstand überein, weil zum Beispiel im Fahrdienst ein Mangel von 923 Bediensteten besteht. Im Wirtschaftsplan müsse jedoch der wünschenswerte Personalstand ausgewiesen werden, damit das nötige Geld vorhanden ist, wenn die Leute doch kommen sollten.

Stadtrat Nekula bekannte sich zu der Einstellung der innerstädtischen Autobuslinien auf den Strecken, auf denen sie parallel zu Straßenbahnlinien verliefen. Solange am Stadtrand die Wiener 20 und mehr Minuten zur nächsten Haltestelle zu Fuß gehen müssen und in einem Zeitpunkt, zu dem den 6.000 Wienern in der Großfeldsiedlung eine Verkehrsverbindung geboten werden mußte, wäre die Fortsetzung dieser Parallelführung nicht zu verantworten gewesen.

Zum FPÖ-Antrag auf Einbeziehung der innerstädtischen Autobuslinien in den Einheitstarif: Dadurch würde die Frequenz so hoch, daß zusätzliche Autobusse geführt werden müßten. Dafür fehlten die Lenker und außerdem würde die Verkehrssituation in der Innenstadt untragbar verschärft. Trotzdem empfahl Stadtrat Nekula die Zuweisung des Antrages an den zuständigen Ausschuß, um ihn dort diskutieren zu können.

Tarifvergleiche: Man könne nicht Teiltarife miteinander vergleichen, sondern nur das gesamte Tarifsysteem. Zum Beispiel dürfe nicht vergessen werden, daß in Wien für Wohnungen mit bis zu zwei Räumen kein Grundtarif bezahlt wird. Auch die Kosten seien sehr unterschiedlich. So komme man in Tirol weitgehend mit Freileitungen aus, während im dichten Wiener Versorgungsgebiet fast durchwegs die weit kostspieligere Verlegung der Kabel in die Erde notwendig sei.

Kraftwerk Donaustadt: Mit der ÖMV sei vereinbart worden, daß diese bei ungünstiger Wetterlage statt schwefelarmes Heizöl Erdgas liefert. Dadurch und durch die Abgasfilterung sei der Schutz vor Luftverunreinigung ausreichend.



**Erdgasumstellung:** Die Installateure hätten genau die gleiche Möglichkeit wie jeder andere gehabt, sich an der Ausschreibung zu beteiligen. Auf Anraten der Innung haben sie es unterlassen. Der Bestbieter sei mit der Umstellung beauftragt worden. Die Installateure stellten Bedingungen, die erfüllt wurden: Die Umstellfirma darf keine Arbeit durchführen, die nicht direkt zur Umstellaktion gehört, den Installateuren wird bei einem Herdverkauf im Umstellgebiet die gleiche Preisstütze vom Gaswerk in der Höhe von 450 Schilling gewährt und der Geräteprospekt wurde in einer nach dem Wunsch der Installateure geänderten Form neu gedruckt. Weitere Gespräche sind im Gange, der Wunsch des Handels jedoch, jeden Gasgerätekauf in Wien vom Gaswerk mit etwa 100 Schilling zu stützen, werde sicher nicht erfüllt werden. Überdies stimme es nicht, daß der Gasgeräteabsatz rückläufig sei. Ein Rückgang sei wohl bei Herden und kleinen Durchlauferhitzern festzustellen, dafür eine starke Zunahme bei Heizgeräten und größeren Warmwassergeräten. Im ganzen seien die Umsätze steigend.

Die Anschaffung neuer Straßenbahnwaggonen sei trotz des U-Bahn-Baus notwendig. Die Straßenbahn werde noch sehr lange die Hauptlast des Verkehrs tragen müssen. Zum Beispiel wäre es doch falsch, am Stadtrand kostspielige U-Bahn-Strecken zu bauen, wenn man diese Gebiete mit Straßenbahnen auf eigenen Gleiskörpern gut erschließen könne.

Abschließend betonte StR. Nekula, daß die Diskussionsbeiträge bewiesen hätten, wie wichtig die Stadtwerke für unsere Stadt sind. Gerade deshalb komme den Maßnahmen der Hoheitsverwaltung, mit der die Stadtwerke auf eine gesunde wirtschaftliche Basis gestellt wurden, besondere Bedeutung zu.

Abstimmung: Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für 1971 wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Der FPÖ-Antrag, die innerstädtischen Autobuslinien in den Einheits-tarif einzubeziehen, wurde einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.



Die restliche Tagesordnung

Im Anschluß an die Abstimmung über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke erledigte der Wiener Gemeinderat die restliche, 126 Geschäftsstücke umfassende, Tagesordnung. Da es sich um Geschäftsstücke handelt, die während der in der Vorwoche begonnenen Gemeinderatssitzung neu auf die Tagesordnung gesetzt wurden, mußte jeder einzelne Punkt referiert werden, obwohl mit einer Ausnahme kein Debattenredner zu Wort gemeldet war.

Zu der von GR. Dipl.-Ing. Dr. Strobl referierten Neuerichtung der städtischen Gastwirtschaft im Schweizer Garten, meldete sich GR. Müller (DFP) zu Wort und lehnte für seine Fraktion den Referenten-Antrag ab. Alle anderen Geschäftsstücke wurden einstimmig angenommen.

Unter anderem beschloß dabei der Wiener Gemeinderat die neue Friedhofsordnung, die Kreditaktion zur Schaffung von 3.000 zusätzlichen Hotelbetten in Wien, die Anschaffung einer fahrbaren Blutbank für das Allgemeine Krankenhaus, den Einbau einer Sauna im Volksbad Hermannsgasse, eine Untersuchung über den Schutz des Marchfeldschutzdammes vor Überschwemmungen, die Aufschließung von Betriebsbaugebieten im 11, 21. und 23. Bezirk und die Errichtung eines Fußgängersteges über die Viktor Kaplan-Straße im Zuge der Benatzkygasse.

Weiterhin wurden zahlreiche Subventionen beschlossen, darunter für das Theater in der Josefstadt, das Volkstheater, das Theater an der Wien, das Raimundtheater, die Gesellschaft der Ärzte, dem Bergrettungsdienst, das St. Anna-Kinderspital, die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik, die Herstellung einer Ziehler-Dokumentation und die Österreichische Gesellschaft für Musik.

Einige weitere Beschlüsse kommen dem Sport zugute; dazu gehören die Errichtung einer Sportanlage in der Laxenburger Straße, die Subventionierung sportlicher Veranstaltungen in der Höhe der Vergnügungssteuerleistung und die Subventionierung der Eishockey-Sektionen der WEVg, des WAT-Stadlau und des WAT-Favoriten.



Der Altstadterhaltung dienen Beträge für Fassadenherstellungen bei den Häusern Opernring 10 und Josefstädter Straße 19 sowie für die Instandsetzung der Alser Kirche. Den im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien wird eine Unterstützung von zehn Schilling für jede bei der Gemeinderatswahl erhaltene Stimme gewährt.

#### Schlußbericht

Der Vorsitzende des Gemeinderates, GR. Schreiner, sprach in seiner Schlußrede allen Mitgliedern des Gemeinderates für ihre instruktiven Beiträge zur Budgetdebatte und den anderen Tagesordnungspunkten den Dank aus. Besonderer Dank gelte aber auch den Beamten der Magistratsdirektion und insbesondere dem langjährigen Finanzreferenten und Vizebürgermeister der Stadt Wien Felix Slavik. Sein Budgetvoranschlag, der die Richtlinien der Arbeit im kommenden Jahr darstellt, habe deutlich wie kaum jemals zuvor die Schwerpunkte aufgezeigt, die zum Wohlergehen der Stadt gesetzt werden sollen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 17.53 Uhr. Der Wiener Gemeinderat wird Montag, den 21. Dezember, um 10 Uhr, noch einmal zusammentreten, um die Wahl des neuen Wiener Bürgermeisters, des neuen Vizebürgermeisters und des neuen Finanzstadtrates vorzunehmen.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -



## dritte wasserleitung:

wien ersucht um rasche erteilung der bewilligung

20 wien, 18.12. (rk) der freitag brachte bei der wasserrechtlichen bewilligungsverhandlung um die von wien geplante dritte wasserleitung aus dem grundwasserstrom der mitterndorfer senke die schlusstellungsnahmen der vertreter von wien und nieder-oesterreich. die verhandlungen dauern freitag nachmittag noch an. wegen eines antrages der niederoesterreichischen landwirtschaftskammer auf unterbrechung des verfahrens ist derzeit noch nicht abzusehen, ob dies schon die letzte verhandlung vor der erteilung der bewilligung durch die oberste wasserrechtsbehoerde im landwirtschaftsministerium ist. auf grund des endgueltigen verhandlungsergebnisses und des bereits erstellten amtsgutachtens wird dann das landwirtschaftsministerium eine entscheidung ueber das nutzungsrecht der stadt wien fuer die wasserentnahme aus den beiden brunnen bei mossbrunn faellen.

die vertreter der stadt wien erklaeerten am freitag, dass "das gegenstaendliche verfahren keinerlei gruende fuer eine weitere verzoegerung des vorhabens der stadt wien erbracht" habe. in anbetracht der anerkannt prekaeren wasserversorgungssituation der bundeshauptstadt wien werde daher ersucht, heisst es weiter in der stellungsnahme, die wasserrechtliche bewilligung zu erteilen, um eine rasche ausfuehrung des vorhabens zu ermoeeglichen. alle im verfahren noch zusaetzlich geforderten unterlagen koennten nach ansicht der stadt wien unbeschadet eines sofortigen baubeginns nachgereicht werden.

schliesslich wiesen die vertreter der stadt wien darauf hin, dass die von niederoesterreich geforderte klausel fuer spaetere drosselungen des wasserkonsenses "weder rechtlich noch auf grund der durch das verfahren erbrachten notwendigkeiten vertretbar" sei, es gaebe nach dem wasserrechtsgesetz genuegend andere moeglichkeiten, "im bedarfsfall bei abwaegung der oeffentlichen interessen ein wasserrecht zu beschraenken". eine derartige moeglichkeit muesse daher nicht bereits in den bewilligungsbescheid eingebaut werden.



## die wiener bevoelkerung im november

21 wien, 18.12. (rk) im monatsbericht des statistischen amtes der stadt wien werden fuer november 712 eheschliessungen, 1.320 lebendgeborene. und 2.390 todesfaelle ausgewiesen. ein vergleich mit den novemberzahlen des vorjahres ergibt, dass im abgelaufenen monat um 152 ehen weniger geschlossen, um 116 kinder weniger geboren wurden und die zahl der sterbefaelle um 106 zugenommen hat. nach dem bericht der polizeidirektion sind im november 13.104 personen nach wien zugewandert, 11.483 haben sich abgemeldet. somit hatte wien im november 1,642.886 einwohner.

1639

## bedauerliche verwechslung

15 wien, 18.12. (rk) die verwechslung zweier verstorbenen frauen mussten freitag vormittag auf dem kagraner friedhof die angehorigen einer der beiden verstorbenen feststellen. von der staedtischen bestattung wurden sofort die noetigen ueberpruefungen und massnahmen eingeleitet. dabei stellte sich heraus, dass die verwechslung nicht bei der bestattung, sondern in der prosektur des krankenhauses der barmherzigen brueder geschehen war. es wurde eine neue trauerfeier festgesetzt.

1504

## preisguenstige gemuese- und obstsorten

11 wien, 18.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 3 schilling, karotten 4 bis 6 schilling, kohl 5 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 schilling, bananen 6 bis 8 schilling, mandarinen 8 schilling, orangen 4 bis 6 schilling je kilogramm.

1504